



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Mobilität  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Baldus  
E-mail: [Johannes.Baldus@wiesbaden.de](mailto:Johannes.Baldus@wiesbaden.de)

Wiesbaden, 23.01.2025

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Mobilität  
am Donnerstag, 30. Januar 2025, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschriften**
2. **Zugausfälle auf der RheingauLinie (RB10)**  
  
Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden Vertreter der Vias und des RMV eingeladen.
3. **Baustellenplanung 2025**  
  
Präsentation von Dezernat V und den beteiligten Ämtern und Gesellschaften

#### 4. 25-F-22-0010

##### **Verkehrsführungen infolge der Sperrung der Salzachtalbrücke**

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 22.01.2025 -

Im Zuge der Sperrung der Salzachtalbrücke wurden für einen verbesserten Verkehrsfluss an vielen Stellen in Wiesbaden Verkehrsführungen geändert.

Ein Jahr nach der teilweisen Wiedereröffnung der Salzachtalbrücke (und ein knappes halbes Jahr vor der endgültigen Fertigstellung) bestehen einige Änderungen weiterhin.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. welche im Zuge der Sperrung der Salzachtalbrücke geänderten Verkehrsführungen wurden seit Wiedereröffnung aufgehoben;
2. welche im Zuge der Sperrung der Salzachtalbrücke geänderten Verkehrsführungen wurden seit Wiedereröffnung nicht aufgehoben und aus welchem Grund verblieben diese;
3. ob im Zuge der Sperrung der Salzachtalbrücke geänderte Verkehrsführungen sich derart bewährt haben, dass sie auch nach der vollständigen Fertigstellung der Salzachtalbrücke verbleiben (und dabei von einer temporären Einrichtung baulich in eine dauerhafte Einrichtung modifiziert werden);
4. ob ein Rückbau der provisorischen Auffahrtsrampe auf die B455 geplant ist und ob die bisherige Auffahrt auf die B455 vom Südfriedhof kommend wieder genutzt wird;
5. ob und wann die Parkplätze auf dem Theodor-Heuss-Ring wieder genutzt werden können?

#### 5. 25-F-22-0004

##### **Neue Diskussion um eine Straßenbahn in Wiesbaden**

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 21.01.2025 -

Mit dem Beschluss 0473 vom 18.12.2024 hat die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der Kooperationsmehrheit aus Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke und Volt die 4. Fortschreibung des lokalen Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises beschlossen. Wesentlicher Inhalt dieses Nahverkehrsplans ist auch die Festlegung, dass in Zukunft die Implementierung eines Straßenbahnsystems in Wiesbaden „zwingend erforderlich“ ist.

Damit handelt es sich um eine Art Grundsatzbeschluss durch den die Kooperation und die sie tragenden Parteien zum Ausdruck bringen, dass - nach bereits mehreren gescheiterten Versuchen - nun ein neuer Versuch unternommen werden soll eine Straßenbahn in Wiesbaden zu implementieren. In den entsprechend beschlossenen Dokumenten wird darauf Bezug genommen, dass die im Zielnetz beschlossenen Metrobuslinien als Vorlage für den Streckenverlauf dienen sollen.

Dabei handelt es sich unter anderem um die Linie M3, die über die Biebricher Allee nach Biebrich führt. Vor dem Hintergrund der sicherlich noch vorhandenen Planungen der sog. Citybahn, ist damit zu rechnen, dass mit dem Bau auf dieser Linie begonnen werden soll.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Warum wurde die entsprechende Festlegung auf die Notwendigkeit eines Straßenbahnnetzes in der Fortschreibung des Nahverkehrsplans nicht der Öffentlichkeit bzw. dem Ausschuss für Mobilität in einer der zahlreichen Beteiligungsrounden bzw. Sitzungen umfassend dargestellt?
2. Inwiefern wurde die Festlegung auf eine Straßenbahn zwischen den Erstellerinnen und Erstellern und dem Dezernat bzw. den relevanten städtischen Ämtern im Rahmen der Erstellung des Nahverkehrsplans besprochen oder diskutiert?
3. Ist vor dem Hintergrund der Empfehlung die Metrobuslinien als Grundlage für die Erstellung eines Straßenbahnnetzes zu nutzen in Verbindung mit der Aussage, dass sich insbesondere eine Anbindung von Biebrich und Klarenthal durch eine Straßenbahn empfiehlt, damit zu rechnen, dass als erstes eine Straßenbahnlinie zur Verbindung von Klarenthal und Biebrich über die Biebricher Allee realisiert werden soll?
4. Welche weitergehenden Berechnungen/Datenerhebungen wurden von den Planerinnen und Planern im Rahmen der Erstellung der Fortschreibung des Nahverkehrsplans angestellt, um zur Aussage zu kommen, dass eine Straßenbahn zwingend erforderlich sei? Auf welche Daten und Annahmen stützt sich diese Aussage?

## 6. 25-F-15-0002

### **Schnellstmögliche Behebung der Mißstände der Rheingaulinie (Zugausfälle, Fahrplaneinschränkungen und schlechten Service)**

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 22.01.2025 -

Immer wieder wird in den Medien und sozialen Netzwerken von Mißständen auf der Rheingaulinie berichtet. Es kommt zu Zugausfällen, Verspätungen, Fahrplaneinschränkungen etc. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Deshalb bitten wir um Zustimmung für den nachfolgenden Antrag.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschliessen:

1. Der Ausschuss für Mobilität rügt ausdrücklich die massiv vorhandenen Zugausfälle und Fahrplaneinschränkungen auf der Rheingaulinie!
2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, was er bereits gegen die Mißstände unternommen hat bzw. unternehmen will (z. B. über den Aufsichtsrat des RMV)?
3. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wann er mit der Beseitigung der Mißstände rechnet?

## 7. 25-F-22-0011

### **Wiederholte Unfälle auf der Schiersteiner Brücke**

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 22.01.2025 -

Seit der Freigabe der Schiersteiner Brücke im Jahr 2023 gab es an der Abfahrt Mainz-Mombach eine Vielzahl an schweren Unfällen. Diese passierten stets im Bereich der Verschwenkung der Fahrbahnen in Richtung Mainzer Dreieck (im Bereich des Übergangs der neuen auf die alte Brücke).

Aufgrund der Verschwenkung ist dort die Höchstgeschwindigkeit auf derzeit 60 km/h verringert worden. Trotz der Verringerung der Geschwindigkeit und stationärer analoger Hinweisschilder auf die Verschwenkung kam es zu wiederholten schweren Unfällen, die häufig neben der Beschädigung der Autobahninfrastruktur und der Fahrzeuge, der Sperrung der Fahrbahn auch zu erheblichen Personenschäden führten.

In entgegengesetzter Fahrtrichtung ist eine weitere Verschwenkung zwischen der Ab- und Auffahrt Schierstein eingerichtet, da dort eine neue Brücke über die Äppelallee gebaut wird.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, mit der Autobahn GmbH Kontakt aufzunehmen und sich dort über die Unfallzahlen vor und nach der Einrichtung der Verschwenkung, den möglichen Abhilfen zur Vermeidung von weiteren Unfällen (z. B. digitale Hinweisschilder), dem geplanten weiteren Ausbau der Brücke auf Mainzer Seite zu informieren und dem Ausschuss dazu berichten. Weiter soll berichtet werden, wann in Fahrtrichtung Wiesbaden die Brückenbaustelle über der Äppelallee abgeschlossen ist und die Verschwenkung rückgebaut werden kann.

## **8. 25-F-22-0012**

### **Erneutes Verkehrschaos durch Baustelleneinrichtung Rheinstraße/Schwalbacher Straße**

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 21.01.2025 -

Nachdem die Baustelle an der Rheinstraße/Schwalbacher Straße über den Jahreswechsel 2024/2025 pausiert hatte, wurden die Arbeiten am 13.01.2025 wieder aufgenommen. Im Rahmen der Wiederaufnahme der Arbeiten kam es zu teils chaotischen Zuständen. Das zweite Mal innerhalb kürzester Zeit wird unter Verantwortung von Dez. V damit ein vermeidbares Verkehrschaos und entsprechender Frust bei den Verkehrsteilnehmern verursacht - Das zweite Mal kam es zu einem erheblichen Rückstau in ein Parkhaus (Luisenplatz). Offensichtlich ist keinerlei Lerneffekt - trotz der gefährlichen Situation am Parkhaus Markt - bei den Verantwortlichen eingetreten. Offensichtlich war die Vorbereitung dieser Großbaustelle erneut mangelhaft. Der Frust der Menschen über die aktuelle Wiesbadener Stadtpolitik ist vor dem Hintergrund solcher Vorgänge vollständig nachvollziehbar. Die Situation ist auch für die Fußgänger katastrophal.

In der Berichterstattung des Wiesbadener Kurier vom 14.01.2025 findet sich der Hinweis einer Stadtpolizistin, dass sie von einem dauerhaften Einsatz der Stadtpolizei bis zum Ende der Baumaßnahme ausgeht. Weitergehend äußern sich im Artikel Busfahrer, dass es auf Grund der Baustelle zu erheblichen Verspätungen bei ESWE Verkehr - insbesondere auf der Linie 6 - kommt.

Auf diese erheblichen Probleme soll durch eine Veränderung der Ampelschaltung reagiert werden. Es erscheint bizarr, dass offenkundig bei der Planung der Baustelle die entsprechende Verkehrssituation praktisch nicht berücksichtigt wurde und jetzt nachträglich auf die erheblichen Probleme reagiert wird.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Auswirkungen haben sich durch die Änderung der Ampelschaltung an der betreffenden Baustelle ergeben?
2. Warum wurde diese Änderung der Ampelschaltung erst vorgenommen, nachdem es zu einem Verkehrschaos an der Baustelle gekommen ist?
3. Gab es eine Simulation zu den Auswirkungen der Baustelle auf die dortigen Verkehrsströme? Wenn nein, welche Grundlage gab es dann für die Planung der Baustelle?
4. Welche Verbesserungen sind für den Fußgängerverkehr hinsichtlich der Baustelle geplant?
5. Geht der Magistrat ebenso von der dauerhaften Notwendigkeit des Einsatzes der Stadtpolizei vor Ort aus?
6. Wie haben sich die Fahrzeiten der Busse seit der Einrichtung der Baustelle - insbesondere auf der Linie 6 - entwickelt?

## 9. 25-F-15-0004

### **QR-Code-Betrug an Parkscheinautomaten**

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 21.01.2025 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden warnt auf ihrer Homepage in einer Pressemitteilung am 20.12.2024 vor der Gefahr von Betrugsstaten mit QR-Codes (dem sogenannten ‚Quishing‘). Dabei greifen Straftäter über an Parkscheinautomaten angebrachte gefälschte Aufkleber Passwörter und Kontodaten von Kunden ab, welche per Mobiltelefone ihren Parkschein digital zahlen wollen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschliessen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) ob ihm bekannt ist, ob es zwischenzeitlich Fälle von QR-Code-Betrug in Wiesbaden gegeben hat,
- b) wenn ja, wie viele,
- c) wenn ja, seit wann ist dies dem Magistrat bekannt,
- d) ob die Verkehrspolizei und die Stadtpolizei dahingehend sensibilisiert worden sind, mögliche Verdachtsfälle im Rahmen ihrer Außendiensttätigkeit zu erkennen,
- e) falls nein, ob zukünftig die Verkehrspolizei und die Stadtpolizei Parkscheinautomaten während ihrer Streifengänge auf zu Betrugszwecken angebrachte gefälschte QR-Code-Aufkleber gezielt kontrollieren können.

## 10. Verschiedenes

## Tagesordnung II

### 1. 24-F-22-0014

Rechtsabbieger Konrad-Adenauer-Ring  
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 07.05.2024 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat V vom 16.11.2024 steht im PiWI zur Verfügung.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Kraft**  
**Voritzender**